

verwendet. Aber kaum hatte sich als Ergebnis der Tätigkeit der tschechischen „Erwecker“, zu denen auch die Slowaken Kollár und Šafařík gehörten, das tschechische Volkstum wieder gefestigt, da lösten sich die Slowaken unter der geistigen Führung von L'udovít Štúr sprachlich von den Tschechen, was zu heftigen Auseinandersetzungen führte, bei deren Schilderung der Vf. den slowakischen Standpunkt vertritt. Ende des 18. Jhs. unternommene Versuche des katholischen Priesters Anton Bernolák, eine slowakische Schriftsprache zu kodifizieren, hatten keinen Erfolg gehabt, zumal Dobrovský diese abgelehnt hatte.

Die Ereignisse der Revolutionsjahre 1848 werden in dem Buche nicht mehr geschildert. Zu dieser Zeit war die tschechische Wiedergeburt bereits abgeschlossen. Eine Weiterführung der Darstellung hätte unter einem anderen Generalthema stehen müssen. In einem bibliographischen Anhang weist der Vf. auf eine Reihe von neueren Darstellungen der Geschichte der ersten Hälfte des 19. Jhs. hin. Bei der Erwähnung so vieler Namen ist zu bedauern, daß auf ein Personenregister verzichtet wurde.

Marburg a. d. Lahn

Rudolf Urban

„**Saint-Germain, im Sommer 1919**“. Die Briefe Franz Kleins aus der Zeit seiner Mitwirkung in der österreichischen Friedensdelegation. Mai — August 1919. Hrsg. v. Fritz Fellner u. Heidrun Maschl. (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd 1.) Verlag Wolfgang Neugebauer. Salzburg 1977. 362 S., 5 Abb. a. Taf.

Die österreichische Delegation, die im Mai 1919 zu den Friedensverhandlungen mit den Kriegssiegern nach St-Germain-en-Laye gereist war, stand unter der Leitung des Staatskanzlers Karl Renner; einer seiner vier Stellvertreter war der ehemalige k. k. Justizminister Franz Klein (1854—1926), dem bereits im November 1918 eine damals zur Vorbereitung auf diese Verhandlungen im Wiener Außenministerium neu gebildete Abteilung unterstellt worden war. Aber trotz dieser politischen Prominenz des Schreibers der hier edierten Briefe liegt deren Quellenwert nicht in der Mitteilung von noch unbekanntem Einzelheiten aus den Beratungen innerhalb der österreichischen Delegation oder aus dem Verlauf der Verhandlungen. Von diesen Vorgängen, von denen Klein nicht viel wußte, berichtet er nichts Bedeutendes: er war kein Parteipolitiker, und auch während dieser Monate wurden die großen Entscheidungen innerhalb der österreichischen Staatsführung über seinen Kopf hinweg getroffen; das meiste, was hier interessieren könnte, kennt er deshalb auch bloß vom Hörensagen. Wichtig sind diese Briefe aber als Zeugnis dafür, wie der Zusammenbruch der Donaumonarchie und die politischen und wirtschaftlichen Zukunftsaussichten der Republik Österreich von einem hochstehenden Mitglied der deutschen Führungsschicht des untergegangenen Habsburgerstaates beurteilt wurden, zu der Klein als bedeutender Hochschullehrer, leitender Ministerialbeamter, Schöpfer zahlreicher großer Kodifikationen und zweimaliger Minister zweifellos gerechnet werden muß. Die Briefe waren an seine langjährige Freundin, Ottilie Friedländer, gerichtet, aus deren Nachlaß sie jetzt veröffentlicht werden. Ihr gegenüber konnte Klein offen und ohne irgendwelche persönliche, politische oder diplomatische Rücksichten seine historischen Betrachtungen, seine Eindrücke vom Tagesgeschehen und seine Erwartungen niederschreiben.

Daß auch Klein, so wie große Teile der österreichischen Bevölkerung in allen politischen Lagern, für seine Heimat nur von deren Anschluß an Deutschland eine ersprießliche Zukunft erhoffte, überrascht nicht. Auch mit dem Urteil, der Ausgang des Krieges sei nicht durch die militärische Überlegenheit der Entente entschieden worden, sondern durch „Blockade, Wilsons Punkte, politischen Verrat“ (S. 248) und „Treubruch“ der — habsburgischen — Slawen (S. 114), befindet sich Klein in Übereinstimmung mit zahlreichen Deutschen und Österreichern jener Jahre. Verbreitet in allen Schichten war auch der verbale Antisemitismus, den Klein wiederholt äußert: „der vorlaute und überall sich vordrängende Jude“ (S. 169), „das hiesige Gesindel, die gesamte Judenschaft“ (S. 220), die „Leibjuden“ Renners (S. 266, 279).

Bedenklicher, und darauf sollten besonders die Leser der „Zeitschrift für Ostforschung“ hingewiesen werden, ist das tiefe, geradezu haßerfüllte Mißtrauen gegen die nichtdeutschen Völker der alten Monarchie, vor allem gegen die Slawen, aber auch gegen die Madjaren, das fast in jedem dieser Briefe ausgesprochen wird. Selbstverständlich gibt es nach den jahrzehntelangen erbittert geführten Nationalitätenkämpfen bei den Völkern des untergegangenen Reiches auch sonst zahlreiche zeitgenössische Zeugnisse für gegenseitige nationale Feindschaft oder zumindest Abneigung. Erschreckt wird aber der Leser dieser Briefe durch den Eindruck, daß selbst ein Mann von der intellektuellen Qualität eines Franz Klein offensichtlich nicht fähig oder willens war, die Bedingungen zu erfassen und für deren Verwirklichung einzutreten, unter denen allein der Fortbestand der Habsburgermonarchie möglich gewesen wäre. Nicht, wie Klein es wollte, die Aufrechterhaltung einer uneingeschränkten Vorherrschaft der Deutschen, sondern nur der Versuch, einen *modus vivendi* zwischen den verschiedenen, einander als gleich zu behandelnden nationalen Gruppen zustande zu bringen, hätte der anationalen Habsburgermonarchie in einer Zeit, in der das Prinzip des Nationalstaates immer mehr an Bedeutung zunahm, in den Augen aller ihrer Einwohner die Berechtigung für ihre Existenz geben können. Bemerkungen wie die, daß „seit Jahrzehnten“ „das Deutschtum der ... Monarchie“ „wie zwischen zwei Rädern ... zerrieben“ worden sei, „und die neuen Republiken setzten das fort“ (S. 161), oder daß Tschechen und Ungarn „dieses deutsche Volk in Österreich“ jetzt „Vampiren gleich ... um sein Bestes brächten“ (S. 158), die Befürchtung, daß die „jugendkräftige Rasse“ der Slawen „mit Herrscherinstinkten und der nötigen Roheit“, „die bis 1914 ... den Deutschen dienenden (!) Slawen“, die nun selbständig geworden seien, „die alte europäische Kultur“ bedrohen (S. 178 f.), aber auch Hinweise auf die den Deutschen in Österreich bevorstehende „Versumpfung und Vertschegung“ (S. 74) und auf die alte „Hussitenfrechheit“, mit der die Tschechen auch jetzt wieder aufträten (S. 121) — all das sind Zeugnisse dafür, wie fundamental das Unverständnis gewesen war, mit dem diejenigen, die das alte Österreich regierten, in Wahrheit der nationalen Frage gegenüberstanden hatten. — Für eine Einzelheit aus der Frühzeit der CSR bedeutsam sind die Bekundungen Kleins über den regionalen Egoismus der Abgesandten der deutschen Grenzgebiete (Deutschböhmen, Sudetenland, Böhmerwaldgau, Südmähren). Diese Politiker — gemeint sind wohl Lodgman, Freißler und Oldofredi — seien nur an einer befriedigenden Regelung ihrer eigenen Lage interessiert, nähmen aber keinen Anteil am künftigen Schicksal der Republik Österreich, zu der, nach dem seit November 1918 erhobenen politischen Anspruch, diese von ihnen vertretenen Gebiete doch gehörten: „Dann diese Nationsvertreter! Borniert und mißtrauisch gibt es für sie nur ihre Grenzen. Buchstäblich. Ich habe von keinem über irgendeine andere Seite des Friedens ein Wort gehört, trotzdem (!) wir ihnen,

um sie aus dieser Einseitigkeit zu befreien, alle Teile des Friedensvertrages darlegten“ (S. 146; ähnlich auch S. 72).

Der Wert der editorischen Zurichtungen, mit deren Hilfe diese Briefe der Forschung erschlossen werden, wird durch einige Versehen und Versäumnisse nur unwesentlich gemindert. So hätte die Bedeutung der verwendeten Abkürzungen (MöHH, HHSTA, NFP, NPA, K.) erläutert werden müssen, NFP (= Neue Freie Presse) und NPA (= Neues Politisches Archiv, das Archiv des Wiener Außenministeriums) werden einmal miteinander verwechselt (S. 294), Kramáfs Nachfolger als tschechoslowakischer Ministerpräsident hieß Tusar, nicht Tušar (S. 97, 230, 361), und Masaryk (!) war nicht Präsident der ČSSR (S. 358), sondern der ČSR gewesen. Schwerer wiegt ein (Druck?)Fehler in der vermutlich vom Staatssekretär Otto Bauer stammenden und hier zum ersten Male veröffentlichten Instruktion für die österreichische Friedensdelegation: „die Möglichkeit einer staatsrechtlichen Verbindung (der Sudetengebiete) mit Deutsch-Österreich“ konnte nur aus geographischen, nicht aber, wie hier zu lesen ist (S. 41), „aus ethnographischen Gründen bestritten werden“. Daß diesseits wie jenseits der deutsch-tschechoslowakischen und der österreichisch-tschechoslowakischen Grenzen Deutsche lebten, war während der Pariser Friedensverhandlungen auch von den Siegern niemals gelegnet worden.

Köln

Peter Burian

Das Jahr 1945 in der Tschechoslowakei. Internationale, nationale und wirtschaftlich-soziale Probleme. Hrsg. von Karl Bosl. R. Oldenbourg Verlag. München, Wien 1971. 316 S.

Obwohl das Buch Vorträge enthält, die auf einer wissenschaftlichen Tagung des Collegium Carolinum im November 1970 gehalten wurden, verdienen die einzelnen Beiträge noch längere Zeit nach ihrer Entstehung zumindest eine Anzeige. Diese Beiträge werden auf dem Titelblatt als Vorträge bezeichnet, aber die meisten sind weit mehr als das. Schon ihr Umfang und der ebenfalls sehr umfangreiche wissenschaftliche Apparat lassen erkennen, daß die Vorträge nach der Tagung überarbeitet und stark erweitert wurden. Eine ausführliche Besprechung ist jedoch wegen des beträchtlichen Zeitabstands, aber auch wegen der sehr unterschiedlichen Thematik der einzelnen Beiträge nicht möglich.

Ferdinand Seibt beginnt unter dem Titel „Von Regensburg bis Potsdam“ mit einem „Versuch über Grenzen und Friedensschlüsse 1803—1945“, wobei er die territorialen Veränderungen vom Reichsdeputationshauptschluß von Regensburg bis zur Konferenz von Potsdam darzustellen versucht (S. 7—21). Danach behandelt Karl Bosl „Die Aufteilungspläne der Alliierten in den Verhandlungen von Casablanca bis zur Potsdamer Konferenz und die Grundtatsachen der Teilung Deutschlands“ (S. 23—36). Die Behandlung des Generalthemas, nämlich der Tschechoslowakei, eröffnet dann Peter Krüger in seinem Beitrag „Die Tschechoslowakei in den Verhandlungen der Alliierten von der Atlantik-Charta bis zur Potsdamer Konferenz“ (S. 37—64).

In seinem Beitrag „Die Politik der Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten als Hauptrepräsentanz des deutschen Exils aus der Tschechoslowakischen Republik“ bemüht sich Martin K. Bachstein, an Hand neuer Quellen die entscheidenden Abschnitte des englischen Exils der sudetendeutschen Sozialdemokraten nachzuzeichnen (S. 65—100). Bemerkenswert ist seine Mitteilung, daß Wenzel Jaksch im März 1938 „unter aktiver Mithilfe Präsident Beneš“ neuer Vorsitzender der sudetendeutschen Sozialdemokraten wurde.